

SüdnerBank
Bankkapital und Reserven
340 Millionen
Stuttg. - Cannstatt
Ulbronn Ulm

Regmaier, Höfen a. E.
zu den billigsten Preisen:
Wasserglas,
Salmiakgeist,
Stahlpähne,
Parkettbodenwäpfe,
Bodentücher, geruchlos,
Bodentücher und
Bürstenwaren
in Friedensqualitäten.

Abschlag
Lederpreise in
allen Arten:
Kalbleder, Kindeleder
für alle Berufe.
und billig.
Schuhfabrik.

D. H. O. 3. „Schiff“
Erstklass. Instrumente
Musikhaus
„Ketterer“
Pforzheim
in der Altstadt, Deutsche
Reparaturwerkstätte
im Hause.
Ankauf und Umtausch
Instrumente.

Fahrrad
Bettstelle
W. Andler, Uhrmacher

Gottesdienst
in Neuenbürg
Sonntag, den 30. Jan. 1921
(S. Bezugsliste)
10 Uhr Predigt (Rev. 8, 4-11)
12 Uhr: Feil, Erelentz
13 Uhr: Erelentz (Töcher)
14 Uhr: Erelentz
15 Uhr: Erelentz
16 Uhr: Erelentz
17 Uhr: Erelentz
18 Uhr: Erelentz
19 Uhr: Erelentz
20 Uhr: Erelentz
21 Uhr: Erelentz
22 Uhr: Erelentz
23 Uhr: Erelentz
24 Uhr: Erelentz

Katholisch. Gottesdienst
in Neuenbürg
Sonntag, den 30. Januar 1921
8 Uhr morgens: Beichtgelegenheit
8 u. 9 Uhr: Austeilung der
Komunion.
9 Uhr: Predigt und Amt.
10 Uhr: nachm. Erelentz
11 Uhr: nachm. Erelentz
12 Uhr: nachm. Erelentz
13 Uhr: nachm. Erelentz
14 Uhr: nachm. Erelentz
15 Uhr: nachm. Erelentz
16 Uhr: nachm. Erelentz
17 Uhr: nachm. Erelentz
18 Uhr: nachm. Erelentz
19 Uhr: nachm. Erelentz
20 Uhr: nachm. Erelentz
21 Uhr: nachm. Erelentz
22 Uhr: nachm. Erelentz
23 Uhr: nachm. Erelentz
24 Uhr: nachm. Erelentz

Begabungspreis
12000 Mark in Neuenbürg
1875. Durch die
Hof- und Ober-
amts-Berichte sowie im
letzigen inländ. Berichte
118,00 Mark. Geld.
1900 von 18000 Mark.
1901 von 18000 Mark.
1902 von 18000 Mark.
1903 von 18000 Mark.
1904 von 18000 Mark.
1905 von 18000 Mark.
1906 von 18000 Mark.
1907 von 18000 Mark.
1908 von 18000 Mark.
1909 von 18000 Mark.
1910 von 18000 Mark.
1911 von 18000 Mark.
1912 von 18000 Mark.
1913 von 18000 Mark.
1914 von 18000 Mark.
1915 von 18000 Mark.
1916 von 18000 Mark.
1917 von 18000 Mark.
1918 von 18000 Mark.
1919 von 18000 Mark.
1920 von 18000 Mark.
1921 von 18000 Mark.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

erschient täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der E. Neuhöfen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 24. Neuenbürg, Montag den 31. Januar 1921. 79. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 29. Jan. Im Finanzausschuss gab Finanzminister Biebow einen Überblick über die staatliche Torfverwertung im Torfwerk Schussenried in Oberschwaben. Die Jahresproduktion für 1920 hat sich seit der Neubeschaffung von Maschinen sehr gehoben. Es wurden abgesetzt 105 000 Ztr. Raschentorf, 45 000 Ztr. Sandstichtorf, 5000 Ztr. Industrietorf und 32 000 Zentner Torfsmüll. Die Einnahmen betragen 24 Millionen Mark. Es konnten 20 Prozent des 3 Millionen Mark betragenden Anlagelohns abgeschrieben werden. Der Stand ist also ein sehr günstiger und wird sich im Jahr 1921 noch verbessern. Nicht so günstig ist die Lage bei den staatlichen Säbberarbeiten. Bis vor 6 Monaten war der Auftragsbestand gut. Das Ausland hat aber selber Millionenaufträge für das Säbberarbeiten Friedrichshafen im Schwarzwald bei Freudenstadt gefordert.

Stuttgart, 29. Jan. Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag hat folgende Große Anfrage eingebracht: 1. Ist dem Ernährungsminister der Plan des Reichsernährungsministeriums bekannt, die Mindestpreise für Getreide um mehr als 40 Prozent hinaufzusetzen? Was gedenkt der Ernährungsminister zu tun, um diese Gefahr abzuwenden? 2. Ist der Ernährungsminister in der Lage, über die geplanten Veränderungen in der Getreideverwertung Auskunft zu geben?

München, 29. Jan. Die Zusammenkunftsbewegung zwischen Baden und Württemberg scheint in gewissen Kreisen Nervosität hervorzurufen. Offenbar erblickt man in dieser Bewegung den Wunsch, etwaigen Vormachtsstellungen Bayerns vorzuziehen. So liegt die Münsen-Augsburger Abendzeitung über die mangelnde Anerkennung der Verdienste, die sich Bayern als Ordnungsmacht erworben hat. Die Bestrebungen einer mit der Spitze gegen Bayern gerichteten badisch-württembergischen Vereinigung seien weder den freundschaftlichen Beziehungen untereinander, noch der Vertretung gemeinsamer deutscher Interessen zuträglich, sondern die Souveränität der süddeutschen Interessen hatte die Rücksicht zu sein, wenn es, in so glücklicher Weise von Süddeutschland begonnene, nützliche Wiedererfindung unserer innerpolitischen Reichsbeziehungen nicht wieder in die Wege gehen sollte.

Berlin, 29. Jan. Der Hauptausfluss des Reichstags bei der Beratung des Etats für Ernährung und Landwirtschaft, folgende Entschliessung an: Der Reichstag ist im wesentlichen gegen Getreide an die Erzeuger im Verhältnis zu dem Zentner Getreide gegen bis 1 1/2 Zentner Reis zu liefern entsprechende Berücksichtigung der kleineren Wirtschaften wie im Austausch gegen Schlachtschweine unter entsprechenden Berücksichtigung des Preisverhältnisses.

Berlin, 29. Jan. In einer Eingabe an die Fraktionen des Reichstages wendet sich der Bund der Auslandsdeutschen an die beim Reichstag beantragte Ratifikation des deutsch-polnischen Abkommens über das Privatigentum. Der Bund hat den Eindruck gewonnen, dass der weitaus größte Teil des Willkür der Engländer preisgegeben werde.

Berlin, 29. Jan. Nach englischen Blättern beabsichtigt Frankreich für den Fall des Scheiterns der Einigung auf der Konferenz den Einmarsch ins unbesetzte Deutschland als eigene Faust. Die Sachverständigenkonferenz in Brüssel ist am 7. Februar zusammengetreten.

Wogau, 29. Jan. Wegen der von radikalen Elementen mit schweren Ausschreitungen gegen Teilnehmer der am 26. November v. J. in Grünberg tagenden Landwirtschaftsversammlung verurteilte das Schwurgericht den Hauptbeteiligten wegen Landfriedensbruchs zu 2 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust, 4 andere Angeklagte zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis 2 Jahren.

Heiden, 29. Jan. Als der Hauptschriftleiter und der Redaktionssekretär der Heidenischen Morgenpost in der vergangenen Nacht das Verlagshaus verließen, wurden von 2 bekannten Tätern ungefähr 20 Schüsse auf sie abgegeben, die ohne zu treffen. Als die sofort herbeigeeilte Abtunspolizei eintraf, waren die Täter bereits verschwunden.

Die Pensionen der württ. Minister.

Im Finanzausschuss wurde kürzlich auch über die Pensionen der württ. Minister verhandelt. Der „Sozialist“ behauptet, dass die Bürgerpartei gegen eine Pensionierung der Minister in einem parlamentarischen Staatswesen sei. Finanzminister Biebow erklärte, dass der frühere Minister Baumann ein solches Zeugnis beibrachte und deshalb aus der Regierung ausschied. Er besitze deshalb Pension. Die früheren Minister Lindemann, Schlieke und Herrmann beziehen keine Pension, weil sie in Stellung getreten sind, die Pensionierung haben. Die im Herbst v. J. ausgeschiedenen Minister Bloß, Seymann und Seipert hätten rechtliche Ansprüche auf Pensionierung geltend gemacht. Diese Ansprüche seien nach dem noch geltenden Rechtszustand erfüllt worden. Früheren Minister der U.S.P. Crispian, Fischer und Schreier hätten auf die Pension verzichtet. Nach Ansicht der Regierung soll die Pensionierung der Minister so geregelt werden, die Jurisprudenz und die Höhe der Pension von einer bestimmten Amtsdauer abhängig sein soll.

Zur Waffenablieferung in Bayern.

Die Münchener-Augsburger Abendzeitung veröffentlicht den Bericht über die Tätigkeit der Reichswehrhandelskommission (München) im Jahre 1920, aus dem hervorgeht, dass in Bayern im Ganzen 26000 Tonnen Munition der Artillerie, Kavallerie und Pioniere, sowie rund 2 Millionen

Hander zerstört wurden.

Außerdem wurden etwa 1,13 Mill. Kilo Pulver verbrannt. An Waffen wurden in dem angegebenen Zeitraum 2200 Gewehre, 85 000 Handfeuerwaffen und 107 000 blanko Waffen zerstört. Nach der Anweisung der Entente-Kommission wurden weiter 2013 Flugzeuge und 2593 Flugzeugmotoren vernichtet. 22 Flugzeuge und 225 Motoren waren an die Entente abgeliefert worden. Die Zerstörung der Flugzeuge erforderte einen Kostenaufwand von 1,28 Millionen.

Anmeldung zur Grundschule.

Das Reichsgesetz vom 28. April 1920 und in Verbindung damit die Verfügung des württ. Ministeriums des Reichsausschusses Schulwesen auf der Grundschule auf. Demgemäß werden mit dem Schluss des laufenden Winterhalbjahrs die beiden Elementarstufen, die Vorklassen und die erste Klasse der höheren Knaben- und Mädchenschulen, sowie die vier ersten Klassen der Bürger- und Mittelschulen jahrgangsweise — neuer Klasse 1 — aufgehoben. Alle Kinder treten künftig in die Grundschule ein, in der sie nach dem Grundgesetz des Arbeitsunterrichts ausgebildet werden sollen. Die Eltern (Erziehungsberechtigten) haben ihre schulpflichtigen Kinder, die in der Zeit zwischen dem 1. Mai 1914 und dem 30. April 1915 geboren sind, bei einer Volksschule anzumelden, und Schulwesen vom 28. November 1920 baut unser Ge-

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Jan. Im Reichstag erklärte heute Ministerialdirektor Ewald, dass gegen die Verhaftung und Verurteilung des Landrats von Münsen in Reich wegen Nichtbefolgung belgischer Befehle Protest eingelegt worden sei, da nach Ansicht der Regierung die deutschen Beamten nicht wehrlos zu Werkzeugen der Besatzungsbehörden gemacht werden dürfen. Dann wurde die Weiterberatung des Gesetzes mit einem kommunalistischen Einspruch gegen den Vorschlag des Vizepräsidenten an dreiviertelstündiger Redezeit eingeleitet. Im Laufe der weiteren Ansprache erklärte Reichswehrminister Eiserich, er halte es für ausgeschlossen, dass die durch den Friedensvertrag einseitig für Deutschland erfolgte Aufhebung der Souveränität in Militärangelegenheiten aufrechterhalten werde. Das und ausgezwungene Veresetzungen sei nicht angemessen. Deutschland brauche ein Milizsystem mit kurzer Dienstzeit. Die Stärke von 100 000 Mann reiche bei weitem nicht aus. Die Reichswehr solle den Bürgerkrieg nicht niederschlagen, sondern verhindern. Die Disziplin habe sich wesentlich gebessert. Der Friedensvertrag müsse lokal durchgeführt werden. Jeder Angriff auf die Verfassung sei ein Verbrechen an Volk und Meer. Durch Dezentralisierung solle die Unterbringung der Wehrangehörigen gebessert werden. Der Minister wandte sich dann, durch Zurufe häufig unterbrochen, gegen Angriffe der Linken. Die linksradikalen Bestrebungen gingen auf Wiedereinrichtung der Soldatenräte und Abschwächung der Offiziere. Es sei nicht richtig, dass seine Befehle von den Offizieren nicht befolgt würden. Bei gutem Willen werde es gelingen, die Klaf zwischen Volk und Meer zu überbrücken.

Nachdem in der allgemeinen Aussprache noch die Abg. Künster (U.S.P.), Haas (Dem.), Däumig (Komm.) und Eisinger (U.S.P.) zu Wort gekommen waren, ergab sich, als Präsident Löbe den Etat zur Abstimmung stellte, Beschlussunfähigkeit des Hauses, worauf die Sitzung fünf Minuten ausgesetzt wurde. Nach ihrer Wiederaufnahme wurde die Beratung des Gesetzes beim Titel Marine fortgesetzt, nachdem ein Verlagsantrag des Abg. Kubitz (U.S.P.) nicht die erforderliche Unterstützung gefunden hatte. Nach bei der Marine hat der Ausschluss verchiedene höhere Offiziersstellen gestrichen und dafür die der unteren vermehrt. Nach der langen Debatte, die sich bis in die 10. Abendstunde ausdehnte, erklärte der Reichswehrminister, die Offiziere mühten auf dem Boden der Verfassung stehen oder als anständigen Menschen ihren Abschied nehmen. Svinenmilche und Branntwein angehörs der Postrensung Österreichs zwei wichtige Forderungen. 10 Prozent der Offiziere seien bereits aus dem Mannschafsstände hervorgegangen. Der Besuch der Offizierschule müsse aber auf mindestens sechs Monate ausgedehnt werden. Der angeforderte neue Kreuzer sei eine bescheidene Forderung. Der Schaffung einer neuen Flotte stehe der Verfall der Verträge entgegen. — Nächste Sitzung morgen Mittag 12 Uhr: Reichssteuer, Rot- und Ergänzungsstat., Interpellationen und Begehren.

Wettbewerb mit den Feinden.

Im Wettbewerb um die Lieferung von Lokomotiven und Tender an die spanische Eisenbahnverwaltung wurden nach Melder Blättern bloß deutsche und belgische Offerten berücksichtigt. Die amerikanischen, französischen und englischen Angebote scheiterten an den zu hohen Preisen und zu langen Lieferungsfristen.

Ausland.

Jülich, 29. Jan. Nach einer Meldung der „Krefelder“ aus Paris ist General Rollet von der Pariser Konferenz beauftragt worden, wegen der angeblich verfassungswidrigen Ablieferungspflichtiger schwerer Gewehre in Königsberg durch die deutsche Regierung bei dieser vorkellig zu werden und auf die Gefahren hinzuweisen, die beständen, falls der Vorkosterrat den Eindruck eines illoyalen Handelns der deutschen Regierung erhehle.

London, 29. Jan. Der „Daily Telegraph“ erfährt, dass 29 Kavallerie-Regimenter auf 21 zusammengeschmolzen und 35

englische Infanteriebataillone aufgelöst werden sollen, da die englischen Streitkräfte durch ihre höheren Unterhaltungskosten die Herabsetzung der englischen Militäraufgabe erforderlich machen.

Dublin, 29. Jan. Nach dem Wochenbericht sind in England in der am 24. Januar endigenden Woche 42 Angriffe auf einzelne Polizisten, Polizeibeamtungen oder Truppen erfolgt, wobei 11 Polizisten getötet wurden. 131 Verhaftungen wurden vorgenommen, teils wegen Attentaten, teils wegen politischer Vergehen. 72 Verhaftete wurden vor ein Kriegsgericht gestellt. 12 von ihnen wurden freigesprochen, die anderen 60 zu verschiedenen Strafen verurteilt, die in einigen Fällen auf 3 bis 10 Jahre lauten. Die Gesamtzahl der Verhafteten beläuft sich auf 1468.

London, 29. Jan. Nach einer Echango-Meldung aus Washington erklärte Admiral Sims in einer Unterredung, eine Abrüstung sei augenblicklich unmöglich und die Vereinigten Staaten mühten ihre Flottenbauprogramm durchzuführen. Wenn alle Nationen übereinkämen, auf Meer und Flotte zu verzichten, würde es auch für die Vereinigten Staaten möglich sein, abzurüsten.

Finanzielle und wirtschaftliche Knebelung Deutschlands.

Paris, 29. Jan. Die Sitzung des inneren Ausschusses der Reparationskommission gelangte der Ausschluss abends zu einem Uebereinkommen, das, wie Dabas meldet, heute morgen in der Konferenz der Konferenz zu einem endgültigen sich gestaltet wird. Das für die deutsche Wiederherstellung angenommene System ist das folgende: Zahlung in 42 Annuitäten ab 1. Mai 1921 nach folgender Staffellung: Die beiden ersten Jahreszahlungen 2 Milliarden Goldmark, die drei folgenden 3 Milliarden, die drei nächsten 4 Milliarden, die drei weiteren 5 Milliarden und die 31 letzten 6 Milliarden. Andererseits muss Deutschland während 42 Jahren eine Tasse von 12 Proz. auf seine Ausgabe zahlen. Diese Tasse wird von der Wiederherstellungskommission erhoben werden. Am Deutschland anzuweisen, sich möglichst rasch seiner Verpflichtungen zu entledigen, ist ihm ein Diskont auf die festgesetzten Annuitäten gewährt, und zwar bis zu 8 Prozent in den beiden ersten Jahren, 6 Prozent in den beiden folgenden und 5 Prozent für den Rest der Frist, wenn es seine Zahlungen vor dem vorgesehenen Zeitpunkt ausführt. Als „Sanktion“ für die Ausführung seiner Verpflichtungen steht das Uebereinkommen die Verpfändung der deutschen Böhle unter der Kontrolle der Wiederherstellungskommission vor, ferner die Festlegung neuer oder höherer Zölle ohne Rücksicht auf alle Maßnahmen, die die alliierten Regierungen treffen könnten, falls die vorhergehenden Maßnahmen ungenügend sein sollten. Schließlich soll Deutschland keine auswärtige Anleihe aufnehmen können, ohne durch die Wiederherstellungskommission dazu berechtigt zu sein. Die Konferenz wird heute morgen um 11 Uhr zu einer Vollsitzung zusammenzutreten. Sie wird weitere Maßnahmen treffen, um Österreich Unterstützung zu gewähren. Die Frage der Kohlenlieferungen Deutschlands und des Abbaus des Abkommens von Spa Ende d. Wts. werden in die Reparationskommission verwiesen werden, die sich bereits mit dieser Frage befasst. Die Sachverständigenkonferenz, die vorher in Brüssel tagte, wird nachhens ihre Arbeiten wieder aufnehmen, um über die Ausführung des gestern abend abgeschlossenen Abkommens über die Reparationen zu beschließen. Schließlich werden die Vertreter der alliierten Regierungen mit den deutschen Ministern zusammentreffen, jedoch nicht in Genf, sondern in London und zwar Ende Februar, nachdem das Orientproblem durch die am nächsten Dienstag beschlossene Konferenz geregelt sein wird.

Der Kommissionsbeschluss angenommen.

Paris, 29. Jan. Nach einer nichtamtlichen, um 2 Uhr nachmittags ausgegebenen Dabas-Meldung prüfte die Konferenz in ihrer Vormittags-sitzung den von dem eingesetzten Ausschluss ausgearbeiteten Entwurf in der Reparationsfrage. Er wurde in seiner Gesamtheit bewilligt. Die vorgeschienen Sicherungen in der Durchführung werden untergeordnet. Es wurden nur kleinere Änderungen vorgenommen, die die Kommission im Text ausführt wird. Das Abkommen wird von den Bevollmächtigten um 4 Uhr nachmittags unterzeichnet werden.

Einmütige Ablehnung in Berlin.

Berlin, 29. Jan. Ohne Unterschied der Parteifärbung nahmen die Blätter einmütig den deutschen Standpunkt gegenüber den französischen Forderungen dahin wahr, dass sie die letzteren als unantastlich und unannehmbare beschreiben.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 31. Jan. Ein Frühlingstag in des Wortes vollster Bedeutung koste gestern Alt und Jung ins Freie, um sich an der werdenden Natur zu erfreuen. Der Vorfrühling hat bereits Märzglöckchen und Veilchen hervorgezaubert, die Knospen der Salweide zeigen bereits ihre sammetartigen Köpfechen. Diese dienen den Vögeln als Futter, darum ergeht schon jetzt die Mahnung: Reißt die Palmfächer nicht ab, sonst können die Vögel keinen Honig liefern!

Calmbach, 28. Jan. Der zweite Vortrag des Geschäftsführers des Evang. Volksbundes, Herrn Springer, führte heute auf das Gebiet des wirtschaftlichen Lebens und zwar auf das Verhältnis von Menschen und Sachen wert im Verlauf der wirtschaftl. Entwicklung. Er ging aus von der

Wagenpreis
Die einpolige Weibgelle
über deren Raum 60 f
bei Kaufüberleitung
durch die Geschäfte.
45 f extra.
Reklame-Beile A. 1.20
bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der i
Falle des Nachverfolgers
hinwilling wick.
Schluss der Anzeiger
Annahme tagtrot.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wick
telegrafisch Beschr. über-
nommen.

